

**Antrag**  
**des Abg. Frank Bonath u. a. FDP/DVP**

**und**

**Stellungnahme**  
**des Ministeriums für Finanzen**

**Wie relevant ist die Forderung des Finanzministers nach  
einem sogenannten „republikanischen Jahr“ für die grün-  
schwarze Koalition?**

**Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. inwieweit sie die Forderung des Finanzministers zur Einführung eines Dienstjahrs für junge Menschen, genannt „republikanisches Jahr“, themisierte;
2. welche Stellen an der Thematisierung beteiligt waren;
3. welche Positionen von den Beteiligten jeweils eingenommen wurden;
4. welche Ergebnisse die Thematisierung hatte;
5. inwieweit sie die Einführung eines sogenannten republikanischen Jahres in ihre politische Umsetzung aufgenommen hat, zumindest unter Darstellung der politischen Maßnahmen, die sie zur Umsetzung beschlossen hat auf Landes- und auf Bundesebene;
6. wenn sie die Forderung nicht umsetzen will: bei wem sich der Finanzminister demnach nicht durchsetzen konnte oder ob er gar nicht versucht hat, sich durchzusetzen;
7. welche Rolle der Ministerpräsident bei der Thematisierung insgesamt spielte beispielsweise als Moderator des Meinungsaustauschs oder Werbender für eine Position;

8. ob das sogenannte republikanische Jahr dann auch nicht mehr vom Finanzminister gefordert oder beworben wird.

14.11.2025

Bonath, Goll, Dr. Jung, Weinmann,  
Haag, Hoher, Hapke-Lenz, Reith,  
Haußmann, Birnstock FDP/DVP

#### Begründung

Finanzminister Dr. Danyal Bayaz schlug in einem Interview mit dem SWR vom 15. Oktober 2025 ein Pflichtjahr für junge Menschen vor, genannt „republikanisches Jahr“. Ein gleich genannter Vorschlag kam auch vom ehemaligen Bundesminister Cem Özdemir. Interessant ist, wie die Landesregierung mit dem Vorschlag eines ihrer Minister umgeht.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 10. Dezember 2025 Nr. FMZ-0142-4/2/1 nimmt das Ministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. inwieweit sie die Forderung des Finanzministers zur Einführung eines Dienstjahrs für junge Menschen, genannt „republikanisches Jahr“, thematisierte;*
- 2. welche Stellen an der Thematisierung beteiligt waren;*
- 3. welche Positionen von den Beteiligten jeweils eingenommen wurden;*
- 4. welche Ergebnisse die Thematisierung hatte;*

Zu 1. bis 4.:

Zu den Ziffern 1 bis 4 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Mitglieder der Landesregierung haben das Thema „republikanisches Jahr“ im Kontext sicherheitspolitischer und gesellschaftspolitischer Debatten aufgegriffen. Herr Ministerpräsident Kretschmann und Herr Minister Dr. Bayaz beteiligten sich daran öffentlich und unterstützen die Idee grundsätzlich. Auch Herr Sozialminister Lucha MdL unterstützt die Idee dem Grunde nach.

Herr Ministerpräsident Kretschmann regte im Rahmen seiner Regierungserklärung im Juli 2025 ein bundesweites Bürgerforum an und betonte die generationsübergreifende Verantwortung. Die Diskussion erfolgte auf politischer Ebene; verwaltungsinterne thematische Abstimmungen im Sinne konkreter Umsetzungsplanungen fanden nicht statt.

5. *inwieweit sie die Einführung eines sogenannten republikanischen Jahres in ihre politische Umsetzung aufgenommen hat, zumindest unter Darstellung der politischen Maßnahmen, die sie zur Umsetzung beschlossen hat auf Landes- und auf Bundesebene;*
6. *wenn sie die Forderung nicht umsetzen will: bei wem sich der Finanzminister demnach nicht durchsetzen konnte oder ob er gar nicht versucht hat, sich durchzusetzen;*
7. *welche Rolle der Ministerpräsident bei der Thematisierung insgesamt spielte beispielsweise als Moderator des Meinungsaustauschs oder Werbender für eine Position;*
8. *ob das sogenannte republikanische Jahr dann auch nicht mehr vom Finanzminister gefordert oder beworben wird.*

Zu 5. bis 8.:

Zu den Ziffern 5 bis 8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Landesregierung Baden-Württemberg plant derzeit keine entsprechende Initiative, steht aber für eine Abstimmung mit dem Bund bereit. Das Thema wird von Herrn Ministerpräsident Kretschmann, Herrn Finanzminister Dr. Bayaz und Herrn Sozialminister Lucha MdL weiterhin in der gesellschaftlichen Debatte aufgegriffen werden. Sie befürworten die Idee eines republikanischen Jahres weiterhin. Eine operative Umsetzung auf Landesebene wird aktuell nicht vorbereitet.

Dr. Bayaz  
Minister für Finanzen